



HESSISCHER LANDTAG

21. 08. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend geplantes Steuerabkommen mit der Schweiz im Bundesrat ablehnen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das von der Bundesregierung geplante Steuerabkommen mit der Schweiz im Bundesrat abzulehnen.

Begründung:

Seit einigen Tagen stehen Vorwürfe im Raum, dass Schweizer Banken, darunter die Crédit Suisse und die Großbank UBS, aktive Beratung zur Steuerhinterziehung deutscher Geldanleger geleistet haben sollen. Auch wenn es derzeit noch keine gerichtsfesten Beweise zur Beihilfe der Steuerhinterziehung oder Steuerverkürzung geben mag, deuten doch die bis jetzt getroffenen Erkenntnisse auf die sehr hohe Wahrscheinlichkeit einer solchen Vorgehensweise hin. Des Weiteren berichtete am 14. August 2012 das TV-Magazin "Frontal 21", dass bereits jetzt in Schweizer Banken Beratungen stattfänden, wie das zu erwartende Steuerabkommen mit Deutschland umgangen werden könne. Das nordrhein-westfälische Finanzministerium habe jetzt Unterlagen und CDs erworben, die bestätigen würden, dass Schweizer Banken Deutschen beim Steuerbetrug helfen würden.

Zudem wird auch durch die jüngste Berichterstattung deutlich, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft in den Verhandlungen mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über ein bilaterales Steuerabkommen weit weniger entgegenkommend war als in den Verhandlungen mit den USA. Beispielsweise besteht die Schweiz nur gegenüber der Bundesrepublik Deutschland auf der Anonymität der Kontoinhaber und will Auskünfte mengenmäßig drastisch begrenzen.

Dies ist ausreichende Begründung, dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz vorgesehenen Steuerabkommen nicht zuzustimmen. Für die Hessische Landesregierung ergibt sich daraus die zwingende Folgerung einer Ablehnung der Initiative im Bundesrat.

Wiesbaden, 21. August 2012

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel